

NIEDERSCHRIFT

über die

14. Sitzung des Bürgerbeirates Wiesbaden

am 19.06.2002, 18.00 Uhr

Rathaus, Raum 107, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.50 Uhr

Anwesend waren:

Herr Henn, Prof. Jochem, Dr. von Poser, Herr Reiß, Herr Schüler, Herr Schuster

Entschuldigt fehlten:

Herr Dr. Eckelmann, Frau Homberg

Als Gäste waren anwesend:

Bei TOP 1: Kurdirektor Wossidlo, zeitweise

Herr Göpfert, stellv. Kurdirektor, zeitweise

Bei TOP 2: Herr Leisen, Bürgerinitiative Altstadt, zeitweise

Direktor von Unruh, Hessischer Landtag, zeitweise

Herr Friederich, Pressesprecher des hessischen Landtags, zeitweise

Zu TOP 1 Tiefgarage Bowling Green

Die Ausführungen des Leiters der Kurbetriebe, Direktor Wossidlo, werden zur Kenntnis genommen, wonach

- der geplante Bau ohne Stützpfeiler und die vorgesehen Schrägaufstellung der Pkws die Unterbringung von bis zu 430 Pkws je Stockwerk ermöglicht,
- nach der Realisierung die sechs Orte rund um Kurhaus und Theater, an denen zur Zeit geparkt wird, in Zukunft wegfallen könnten,
- überlegt werde, in der Paulinenstraße 14 Busparkplätze für Tagestouristen auszuweisen,

ein Abstand von je 13,25 m zwischen Platanen und Baukörper sicherstellt, dass die Bäume nicht gefährdet werden,

- trotzdem für die Zukunft über eine einheitliche Allee diskutiert werden könne,
- bei Gesamtkosten von voraussichtlich rund 20 Mio. € Mittel in Höhe von 6,8 Mio. € für die Außenanlage veranschlagt sind,

- es zwei Ein – und Ausfahrten und eine Ausfahrt geben wird: Die Größte mit je zwei Fahrspuren am heutigen Theaterparkplatz, eine weitere zwischen Kurhauskolonnaden und dem Kurhaus (heutiger VIP-Parkplatz) sowie eine Ausfahrt am Ende der Theaterkolonnaden in Richtung Paulinenstraße; dafür müssen zwei Platanen gefällt werden,
- die Hauptzufahrt in das Parkhaus unter dem Theater hindurch erfolgen und damit so tief angelegt wird, dass sie in der 2. Etage des Parkhauses endet,
- die Auffahrt in den 1. Stock über zwei „Ohren“ am Kurhaus vorgesehen ist,
- die Details noch nicht geplant sind, dass aber die Gestaltung der Personenzugänge und der Entlüftung (Höhe Wilhelmstraße) architektonisch elegant gelöst werden soll, damit sie sich harmonisch einfügen,
- ein direkter Zugang aus dem Parkhaus in das Kurhaus geplant ist,
- neben dem hydro-geologischen Gutachten von 1991 ein weiteres Gutachten für das zur Wilhelmstraße hin gelegenen Gelände beauftragt ist,
- das Landesamt für Bodenforschung und Geologie bereits ausgeführt hat, dass die Lage und der schlanke Baukörper der Wasserfluss entgegenkommen dürfte,
- denkmalgeschützte Teile so wieder hergestellt werden, wie sie vorher waren und dass das Kurhaus-Ensemble, in seiner Einmaligkeit erhalten bleiben wird.

Der Bürgerbeirat verweist auf seine Empfehlung vom 23.04.2002 in der Fassung vom 22.05.2002

Zu TOP 2 Neubau des Hessischen Landtags

Die Ausführungen von Herrn Leiser, Bürgerinitiative Altstadt, werden zur Kenntnis genommen, wonach

- die sich Altstadt in den vergangenen Jahren zu einem Anziehungspunkt für Wiesbadener und Fremde entwickelt hat,
- die Großbaustelle bewirken werde, dass sowohl die Zahl und Frequenz der Besuche, als auch die Verweildauer sinken wird und sich dies aufgrund der Länge der vorgesehenen Bauzeit auch nach Fertigstellung des Landtagsgebäudes nicht ändern wird,
- die Baustelle daher unvorhersehbare Folgen für die Altstadt mit sich bringen wird,
- das Landesamt für Umwelttechnik und Geologie die Frage, inwieweit der Bau einer Tiefgarage im Quellengebiet machbar sei, negativ beschieden und die Risiken als nicht kalkulierbar bezeichnet habe,
- der Landtag daraufhin ein Ergänzungsgutachten genanntes Gegengutachten habe erstellen lassen,
- bis vor zwei Jahren lediglich die Renovierung, die Öffnung der Dachkonstruktion und die Nutzung des angrenzenden Gebäudes des Verwaltungsgerichts geplant war,
- nunmehr ohne Berücksichtigung weiterer Alternativen der Abriss und Neubau des Plenargebäudes sowie die Errichtung einer doppelstöckigen Tiefgarage für Mitglieder und Mitarbeiter ausgeschrieben worden sei,
- keine Bedenken gegen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bestünden, diese aber nicht im Rahmen der teuren „Maximallösung“ erfolgen müsse, zumal das Gebäude des Verwaltungsgerichts offenbar schon beim Bau als Erweiterungsbau geplant gewesen sei,
- seit Beginn der Plakataktion der Bürgerinitiative 2.500 bis 3.000 Unterschriften gegen den Neubau abgegeben wurden,

- die z. Zt. durchgeführten, sehr lauten Probebohrungen für das Gegengutachten noch 2 bis 2,5 Wochen weiter gehen werden
- die zu erwartenden Belastungen durch die Großbaustelle noch stärker sein werden.

Die Ausführungen von Direktor von Unruh, Hessischer Landtag, werden zur Kenntnis genommen, wonach

- das jetzt geplante Projekt das Ergebnis eines gemeinsam mit der Landeshauptstadt Wiesbaden formulierten Wettbewerbs ist,
- damit verbunden sind: Wieder-Öffnung des Prinzengäßchens für die Allgemeinheit, Öffnung der Innenhöfe und Entsiegelung der Hofflächen (Wunsch der Landeshauptstadt Wiesbaden) und Entlastung der Altstadt von stehenden Verkehr auf eigenem Gelände,
- der Landtag jährlich 50.000 Besucher anzieht, somit auch einen Wirtschaftsfaktor für die Altstadt darstellt,
- mit dem Neubau angemessene Empfangsmöglichkeiten, Tagungs- und Sitzungsräume und vernünftige Abgeordnetenbüros geschaffen werden sollen,
- das Gebäude barrierefrei und behindertengerecht gestaltet werden soll.

Die Ausführungen von Direktor von Unruh und Herr Friederich in Bezug auf die Bemerkungen von Leiser werden zur Kenntnis genommen:

- Ein Aufbau auf das Landtagsgebäude, z. B. eine Kuppel, ist aus statischen Gründen nicht möglich.
- Die Errichtung einer Tiefgarage war eine Anforderung der Landeshauptstadt Wiesbaden und von Bündnis 90/die Grünen und wurde als Bestandteil des Wettbewerbs aufgenommen. Erst wenn nach Vorlage des endgültigen Gutachtens fest steht, wie viele Geschosse errichtet werden können, kann neu abgewogen und aufgrund der zu erwartenden Kosten die endgültige Entscheidung getroffen werden.

Die oft vorgeschlagene Nutzung der vorhandenen (oder geplanten) öffentlichen Parkhäuser durch die 110 Abgeordnete stellt nur eine Scheinlösung dar, die nicht unbedingt kostengünstiger ist, zumal die Parkhäuser für 3-4 Tage gesperrt werden müssten.

- Um eine gesicherte Grundlage für die Entscheidung zu haben, sollten die Aussagen in der Stellungnahme des hessischen Landesamtes für Umwelttechnik und Geologie weiter erläutert werden, was ohne Bohrungen und weitere Erkundung nicht möglich war. Aus diesem Grund wurde die TU Darmstadt, Prof. Katzenbach, mit der Erstellung eines Ergänzungsgutachtens beauftragt. Beide Institute arbeiten zusammen; die Bohrorte sind mit dem hessischen Landesamt für Umwelttechnik und Geologie abgesprochen, die Auswertung erfolge gemeinsam. Die Pegel bleiben gesetzt, um mögliche Veränderungen während und nach der Bauarbeiten registrieren und bei Bedarf gleich reagieren zu können.
- Um die Belästigungen für die Nachbarschaft so gering wie möglich zu halten, ist die Errichtung einer Lärm- und Staubschutzwand aus Kokosmatten, die bepflanzt werden kann, geplant. Sie soll so gestaltet werden, dass Teile herausgenommen und die Bürger den Baufortgang beobachten können. "Schaustelle" nicht Baustelle.
- Die Grabenstraße soll weitestgehend vom Baustellenverkehr freigehalten werden, der in der Hauptsache über den Schloßplatz geführt wird.

Als Baulagerflächen werden der Innenbereich, sowie ein kleiner Streifen auf der Außenseite des Kavaliershauses genutzt, die Fläche neben der Marktkirche für die Aufstellung von Containern für die Bauleitung und das Personal.

Die Ausführungen vom Frau Friedel-Dammrau, Dezernat IV, über den Stand und den Inhalt das Bebauungsplanes „Landtag“ werden zur Kenntnis genommen.

Der Bürgerbeirat wird von dem Angebot Direktor von Unruh's Gebrauch machen und die Pläne vor Ort im Pläne ansehen, ggfs. im Beisein der Architekten. Die Terminabsprache erfolgt durch Herrn Friederich und Dr. von Poser

Der Bürgerbeirat stellt die Beschlussfassung zurück bis dahin zurück.

Ohne TOP Neugestaltung der Fußgängerzone

Der Bürgerbeirat nimmt zur Kenntnis, dass am 03.07.2002, 19.30 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal die Entwürfe der vier Büros für die Fußgängerzone vor ihrer Aufstellung in der Fußgängerzone präsentiert werden.

Der Bürgerbeirat nimmt zur Kenntnis, dass am 09.07.2002, ganztägig, im Raum 22 des Rathauses nochmals eine Veranstaltung zu den Plänen und alternativen Gestaltungsvorschlägen stattfindet. Als Teilnehmer werden benannt: Prof. Jochem, Dr. von Poser, Herr Schüler

In die Entscheidung sollte auf jeden Fall die Meinung der Bevölkerung einbezogen werden. Der Bürgerbeirat wird daher an den Aufstellungsorten der Entwürfe nach den Meinungen fragen und mit Zeitungsinserten die Bürger auffordern, ihre Meinung mitzuteilen.

Zu TOP 3 Verschiedenes

1. Stadtplanung in Wiesbaden

Der Bürgerbeirat nimmt das Editorial in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Wirtschaft“ der Industrie- und Handelskammer sowie die Schreiben von Herrn Schüler und Dr. Eckelmann zur Kenntnis. Der Bürgerbeirat stimmt dem Schreiben von Herrn Schüler zu. Der Bürgerbeirat wird sich in seiner Sitzung am 10.07.2002 konkret mit dem Thema befassen.

2. Städtebauliche Verträge

Der Bürgerbeirat nimmt von der Einladung von Stadtrat Prof. Dr.-Ing. Pös Kenntnis, am 13.08.2002 zur Behandlung des Themas „Städtebauliche Verträge“ im Stadtentwicklungsdezernat zu tagen. Die Tagung im Stadtentwicklungsdezernat soll an einem anderen Termin stattfinden. Das Thema wird der Bürgerbeirat am 13.08.2002 behandeln.

von Poser
Sitzungsleiter/in

Wilk
Protokollführung

Anlagen zur Niederschrift

1. Tagesordnung